

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau

Sitzung: Mittwoch, 11.05.2022

Ort: Stadthalle Braunschweig - Vortragssaal, St. Leonhard 14, Zugang über "An der Stadthalle", 38102 Braunschweig,
Videokonferenz, Webex-Meeting

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:21 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Detlef Kühn - SPD

Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE *bis etwa 17:10 Uhr*

Frau Annette Johannes - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

Vertretung für: Herrn Ulrich Volk-
mann

Herr Burim Mehmeti - SPD

Herr Rochus Jonas - B90/GRÜNE

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Frau Antoinette von Gronefeld - CDU

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS

weitere Mitglieder

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten

Herr Carsten Lehmann - FDP

Herr Dr. Bernhard Piest - BIBS

Frau Anneke vom Hofe - AfD

sachkundige Bürger

Herr Hans-Joachim Jäger - CDU

Frau Christiane Kraatz - B90/GRÜNE

Herr Leonhard Pelster - SPD

Herr Aytekin Demirbas – Behindertenbeirat e. V.

Vertretung für: Herrn Rolf Kam-
phenkel

Frau Dr. Eva Goclik - Umweltverbände

Vertretung für: Herrn Thomas Rö-
ver

Verwaltung

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III
Frau Julia Matoš - Ref. 0600
Herr Klaus Hornung - RefL 0610
Herr Stephan Kühl - FBL 60
Herr Holger Ender - 0600
Frau Nadine Kirimlioglu - Sekretariat Dez. VIII
Herr Bernd Schmidbauer - FBL 61
Frau Merle Spanuth - Sekretariat Dez. VIII
Herr Thomas Gekeler - FBL 68
Frau Britta Döring - 0650
Frau Annette Hübner - 65.0
Herr Rainer Mollerus - 61.1
Frau Katja Sellmann - 0600
Frau Michaela Springhorn - 61.3

Abwesend

Mitglieder

Herr Ulrich Volkmann - SPD	entschuldigt
Herr Gerrit Stühmeier - CDU	entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Godehard Busche - CDU	entschuldigt
Herr Wulf Groth - B90/GRÜNE	entschuldigt
Frau Jana Kurz - SPD	entschuldigt
Herr Rolf Kamphenkel - Behindertenbeirat e. V.	entschuldigt
Herr Thomas Röver - Umweltverbände	entschuldigt

Verwaltung

Frau Bianca Winter - RefL 0600	entschuldigt
Herr Wilhelm Eckermann - FBL 65	entschuldigt
Herr Dirk Franke - RefL 0650	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.03.2022
(öffentlicher Teil)
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30.03.2022
(öffentlicher Teil)
- 4 Mitteilungen

4.1	Beitrag im Ideenmanagement-Portal der Stadt Braunschweig "Parkanlage/ Grünfläche zwischen Caspari- und Siegfriedviertel"	21-17380
5	Anträge	
5.1	Festivalgelände	22-18478
5.2	Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig	22-18079
5.2.1	Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig	22-18079-01
5.2.2	Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig - Änderungsantrag	22-18079-02
5.2.3	Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig	22-18079-03
5.3	Bürgerbeteiligung bei der Namensfindung des Rundweges an der Oker	22-18531
5.3.1	Bürgerbeteiligung bei der Namensfindung des Rundweges an der Oker	22-18531-01
5.4	Wohnstandorte für Geflüchtete schaffen	22-18590
5.4.1	Wohnstandorte für Geflüchtete schaffen	22-18590-01
6	Beschluss Maßnahmen Kommunalen Aktionsplan "Braunschweig Inklusiv" (KAP)	22-18342
7	Sanierung der Sporthalle der Grundschule Timmerlah Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	22-18592
8	BBS V/Technikakademie, Brandschutzmaßnahmen Kastanienallee 71, 38102 Braunschweig hier: Kostenerhöhung	22-18452
9	Mietobjekt Heinrich-Büssing-Ring 41 C, 1. OG, 38102 Braunschweig Zustimmung zur Mietvertragsverlängerung (Optionsausübung)	22-18504
10	Zustimmung zur Anmietung von Flächen in der Langen Str. 61, 3. OG, für Referat 0600	22-18649
11	Aufhebung Mietvertrag im Gebäudekomplex Wendenstr. 69/Fal- lersleber Str. 1	22-18699
12	Auslobung für Freiraumwettbewerb Hagenmarkt	22-18411
12.1	Änderungsantrag zu Drs. 22-18411 "Auslobung für Freiraumwett- bewerb Hagenmarkt" Freiraumwettbewerb auf Basis der aktuellen Beschlusslage	22-18774

13	Bebauungsplan "Sudetenstraße", OE 40 Stadtgebiet zwischen den Autobahnen A391 und A392 sowie Celler Heerstraße, Sudetenstraße, der Schölke und deren Verlängerung nach Süden bis zum ehemaligen Industriegleis Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	22-18340
14	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "An der Schölke-Neu", HO 54 Stadtgebiet zwischen Wiedebeinstraße, Kreuzstraße u. Schölke (Geltungsbereich A), Gmk. Watenbüttel, Fl. 3, Flst. 288/93, Stadtgebiet zw. Wiesental, Deponiebahnstrecke u. Celler Heerstr. (Geltb. B), Gmk. Hondelage, Fl. 5, Flst. 168/3, Stadtgebiet nördlich Hondelage, zw. dem Waldbereich Im Klei u. der Hondelager Straße (Geltb. C) Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss, Teilrück- nahme des Aufstellungsbeschlusses	22-18489
15	Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet", Kosten- und Finanzierungsübersicht	22-17815
15.1	Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet", Kosten- und Finanzierungsübersicht	22-17815-01
16	Stadtumbaugebiet "Nördliche Weststadt - Teilbereich I Ilmweg" Aufhebung des Stadtumbaugebietes	22-18431
17	Anfragen	
17.1	Genehmigung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen beschleunigen	22-18697
17.1.1	Genehmigung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen beschleunigen	22-18697-01
17.2	Baulandkataster	22-18693
17.2.1	Baulandkataster	22-18693-01
17.3	Auswirkungen Baulandmobilisierungsgesetz	22-18701
17.3.1	Auswirkungen Baulandmobilisierungsgesetz	22-18701-01
17.4	Baugebiet Heinrich-der-Löwe-Kaserne - Einrichtung einer Baustellenzufahrt und -ausfahrt an der Rautheimer Straße	22-18705
17.4.1	Baugebiet Heinrich-der-Löwe-Kaserne - Einrichtung einer Baustellenzufahrt und -ausfahrt an der Rautheimer Straße	22-18705-01
17.5	Vereinfachungen Baugenehmigungsverfahren	22-18702
17.5.1	Vereinfachungen Baugenehmigungsverfahren	22-18702-01
17.6	Sanierung der Stadthalle - Fortschritte auf dem Weg zur Sanierung aufzeigen	22-18703

- 17.6.1 .Sanierung der Stadthalle - Fortschritte auf dem Weg zur Sanierung 22-18703-01
aufzeigen
- 17.7 .Mündliche Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. .Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. .Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.03.2022 (öffentlicher Teil)

Es liegen keine Wortbeiträge vor. Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

3. .Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30.03.2022 (öffentlicher Teil)

Es liegen keine Wortbeiträge vor. Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

4. Mitteilungen

4.1. Beitrag im Ideenmanagement-Portal der Stadt Braunschweig 21-17380 **"Parkanlage/ Grünfläche zwischen Caspari- und Siegfriedviertel"**

Stadtbaurat Leuer geht auf Fragen und Anmerkungen der Ratsherren Jonas und Tegethoff ein. Er bekräftigt, dass kein Planungserfordernis besteht. Die Verwaltung erhält den Status Quo. Sollten Kleingärtenflächen langfristig überplant werden, dann mit Grünanlagen unter Federführung des Dezernates VIII. Das Ideenmanagement-Portal macht das Ergebnis transparent. Der Ideengeber ist informiert, dass sein Anliegen umgesetzt ist. Frau Dr. Goclik bittet, das Laichgewässer der Knoblauchkröten und umliegende Landlebensräume bei künftigen Planungen zu berücksichtigen. Stadtrat Herlitschke bestätigt das. Wie im Ortstermin besprochen, kümmert sich die Verwaltung punktuell um perspektivische Aufwertungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5. Anträge

5.1. Festivalgelände 22-18478

Der Antrag wird durch die Ratsherren Kühn und Mehmeti eingebracht und begründet. Aussprachebedarf wird nicht geltend gemacht.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb eines Jahres eine vergleichende Standortsuche für ein Festivalgelände in Braunschweig durchzuführen, um die Nachfrage nach Open-Air-Veranstaltungen so weit wie möglich aufzufangen. Die Flächen sollen sowohl für kleinere Veranstaltungen als auch für Großveranstaltungen nutzbar sein. Den Ratsgremien ist ein Beschlussvorschlag vorzulegen. Bis Ende 2022 legt die Verwaltung darüber hinaus einen Zwischenbericht mit einer groben Kostenschätzung für mögliche Standorte vor.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

5.2. Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig 22-18079

Siehe Protokollierung zum Änderungsantrag 22-18079-02 / TOP 5.2.2.

Der Ursprungsantrag wurde ersetzt durch den Antrag 22-18079-02 / TOP 5.2.2.

5.2.1. Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig 22-18079-01

Siehe Protokollierung zum Änderungsantrag 22-18079-02 / TOP 5.2.2.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zum Ursprungsantrag zur Kenntnis.

5.2.2. Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig - Änderungsantrag 22-18079-02

Der Antrag 22-18079-02 wird durch Ratsherr Tegethoff eingebracht und - auch bezugnehmend auf die beiden Stellungnahmen der Verwaltung - durch die Ratsmitglieder Mehmeti und Jalyschko unterstützt. Antragspunkt 2 hat sich erübrigt. Es zeichnet sich keine Mehrheit dafür ab, die Vorstellung des Baulandmodells Wohnen und Ergebnisse aus dem Bündnis für Wohnen am 19.05.2022 abzuwarten.

Ratsfrau Mundlos gibt aktuelle erschwerte Bedingungen für Investoren zu bedenken (Materialmangel in der Baubranche, Personalmangel, Zinswende) und dass über die übrigen Wohneinheiten die Sozialquote kompensiert werden muss, was das Wohnen für die Mittelschicht teurer macht und Abwanderungen ins Umland fördern könnte.

Frau Dr. Goclik regt an, die Sozialbindung an die Warmmiete anstatt wie bisher an die Kaltmiete zu koppeln. Stadtbaurat Leuer hält es mittelfristig für denkbar, verweist im Übrigen auf unterschiedliche Fördertöpfe.

Stadtbaurat Leuer bekräftigt, dass die Verwaltung engagiert bezahlbaren Wohnraum fördert, dabei auch Einwohner*innen im Blick habe, die knapp außerhalb der Bemessungsgrenze für einen Wohnberechtigungsschein liegen, was mit Verifizierung des Baulandbeschlusses fortlaufend geschehe. Die Ankündigungen in der Stellungnahme 22-18079-03 gelten unabhängig von einem eventuellen neuen Ratsbeschluss.

Beschluss (geändert):

1. Für alle in Entwicklung befindlichen und zukünftigen Baugebiete/Wohngebiete - Stichdatum ist das Datum des Ratsbeschlusses - wird eine Quote von mindestens 30 % sozialem Wohnungsbau in Form von preisgebundenem Wohnraum ausgewiesen. Maßstab ist dabei die Nutzfläche des fertigen Wohnraums.

~~2. Die Verwaltung überprüft bei Erweiterung von Mehrgeschossbauten im Bestand, ob die Einhaltung einer Sozialquote bei den neu errichteten Wohnungen eingefordert werden kann. Wenn dies durch das anzuwendende Baurecht möglich ist, wird die jeweils maximal mögliche Sozialquote Bestandteil der Baugenehmigung.~~

3. ~~2.~~ In Abstimmung mit der Sozialverwaltung wird jeweils festgelegt, auf welche Wohnungsgrößen der preisgebundene Wohnraum verteilt werden soll. Entsprechende Regelungen sollen in die Bebauungspläne oder städtebaulichen Verträge aufgenommen werden. Die zuständigen Ausschüsse sind vor Festlegung zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis (geänderter Beschluss):

Dafür: 8 Dagegen: 2 Enthaltungen: 0

5.2.3. Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig

22-18079-03

Siehe Protokollierung zum Änderungsantrag 22-18079-02 / TOP 5.2.2.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5.3. Bürgerbeteiligung bei der Namensfindung des Rundweges an der Oker

22-18531

Ratsherr Knurr erklärt unter Bezugnahme auf die Stellungnahme der Verwaltung als Vorsitzender der Gruppe Direkte Demokraten, dass der Antrag für die gesamte Gremienschiene zurückgezogen wird. Es sei geplant, einen thematisch ähnlichen Antrag neu einzubringen.

Ergebnis: Zurückgezogen für die gesamte Gremienschiene.

5.3.1. Bürgerbeteiligung bei der Namensfindung des Rundweges an der Oker

22-18531-01

Siehe Protokollierung zum Antrag 22-18531 / TOP 5.3.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

5.4. Wohnstandorte für Geflüchtete schaffen

22-18590

Ratsherr Tegethoff begründet den Antrag. Es solle das Ziel sein, die Integrationsarbeit gleichmäßiger im Stadtgebiet zu verteilen. Aussprachebedarf wird nicht geltend gemacht.

Beschlussvorschlag:

Der Rat begrüßt die Absicht der Verwaltung, die bereits 2015 vom Rat beschlossenen dezentralen Wohnstandorte für Geflüchtete, die derzeit noch gebaut werden können (Rautheim, Beethovenstraße, Stöckheim und Watenbüttel), zeitnah einer abschließenden Prüfung zu unterziehen. Die Verwaltung wird gebeten, dem Rat das Ergebnis der Prüfung unmittelbar danach mitzuteilen.

Weiter bittet der Rat die Verwaltung, das ebenfalls 2015 als kommunale Erstaufnahmeeinrichtung vorgesehene ehem. Kreiswehrrersatzamt zu erwerben und als kommunale Erstaufnahmeeinrichtung oder Wohnstandort für Geflüchtete im Rahmen einer Grundsanierung herzurichten.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 1 Dagegen: 9 Enthaltungen: 0

5.4.1. Wohnstandorte für Geflüchtete schaffen

22-18590-01

Siehe Protokollierung zum Antrag 22-18590 / TOP 5.4.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

6. Beschluss Maßnahmen Kommunalen Aktionsplan "Braunschweig Inklusiv" (KAP)

22-18342

Eine Protokollnotiz wird auf Anregung der Ratsfrau Kluth dokumentiert.

Beschluss (ungeändert):

1. Die Maßnahmen des Kommunalen Aktionsplans Inklusion werden als zentrale Arbeitsgrundlage der Verwaltung und der städtischen Gesellschaften beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, regelmäßig über die Sachstände der laufenden Projekte sowie die Zielerreichung zu berichten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt eine kontinuierliche Fortschreibung des Kommunalen Aktionsplans Inklusion sicherzustellen.

Protokollnotiz: Es wird gewünscht, das „Netzwerk Gemeinsam Wohnen Braunschweig“ in den weiteren Prozess zum Thema Gemeinschaftliches Wohnen einzubinden.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

**7. Sanierung der Sporthalle der Grundschule Timmerlah
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

22-18592

Stadtrat Herlitschke erläutert kurz die Sanierung sowie energetische Maßnahmen, darunter die erste von der Energiegenossenschaft finanzierte Photovoltaikanlage.

Ratsherr Mehmeti freut sich über die Beschlussvorlage, die auch Anliegen des Stadtbezirksrates aufgreift. Zu den bereits erneuerten Fenstern an der Nordseite hat sich der elektrisch regulierte Schließmechanismus als fehler- und reparaturanfällig erwiesen; er bittet, für andere Fenster an diesem und anderen städtischen Bauwerken ein besser funktionierendes Modell zu verwenden. Er bittet, die Kommunikation zu verbessern, indem Vereine, Schulen, Stadtbezirksrat usw. zeitgleich zu Maßnahmen und zum Zeitplan informiert werden. Stadtrat Herlitschke erläutert mögliche Gründe für Fehlfunktionen bei den Fenstern; das Problem sei bekannt und es werden ordentliche Systeme eingebaut. Er geht auf die bekannte Personalproblematik (intern und extern) und notwendige Prioritätsanpassungen ein. Nichtsdestotrotz wird eine konsistente Kommunikation angestrebt.

Stadtrat Herlitschke erklärt auf Nachfrage von Frau Dr. Goclik und Ratsherr Jonas, dass es grundsätzlich das Ziel der Energiegenossenschaft sei, Maximalflächen mit Photovoltaik aufzurüsten, mit der Statik als limitierendem Faktor, so auch hier. Eine Dachbegrünung sei aus statischen Erwägungen nicht umsetzbar. Die Heizung bleibt die alte. Man erwarte sich Energieeinsparungseffekte u. a. durch die neuen LED-Deckenstrahler. Allgemein sei die Verwaltung im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes 2.0 dabei, energetisch besonders lohnenswerte Anwendungsfelder wie z. B. Wärmepumpentechnik, Eisspeicher, Bauteilaktivierung für konkrete Maßnahmen zu beleuchten. Eine Beschlussfassung zum Klimaschutzkonzept 2.0 wird angestrebt vor den Sommerferien 2022 oder kurz nach der Sommerpause.

Beschluss:

„Dem o. a. Bauvorhaben wird gemäß den Plänen vom 08.04.2022 zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Referates Hochbau und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 30.03.2022 auf 2.061.000 Euro (ohne Photovoltaikanlage) festgestellt. Die Umsetzung der Photovoltaikanlage erfolgt durch die neu gegründete Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG“.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

**8. BBS V/Technikakademie, Brandschutzmaßnahmen
Kastanienallee 71, 38102 Braunschweig
hier: Kostenerhöhung**

22-18452

Stadtrat Herlitschke erläutert die grundsätzliche Sicherheits- und Brandschutzproblematik. Frau Dr. Goclik bittet um Auskunft, ob im Zuge der Brandschutzsanierung auch eine statische Ertüchtigung für Photovoltaik oder Solarthermie auf dem Dach mitgedacht wurde.

Protokollnotiz: Bei der Sanierung des Daches von Gebäude C handelt es sich um eine reine

Instandhaltungsmaßnahme. Das Dach ist aus statischer Sicht nicht mehr zu belasten und muss dringend ertüchtigt werden. Derzeit ist die Nutzung des Daches zu Wartungszwecken untersagt. Photovoltaik oder Solarthermie kann im Zuge der späteren Gesamtsanierung der Schule in Betracht gezogen werden. Derzeit wird geprüft, inwieweit bei dem eingeschossigen Gebäude C und der höheren Umgebungsbebauung der Einbau einer Photovoltaikanlage sinnvoll ist.

Beschluss:

„Die Kostenerhöhung, die sich gegenüber der Kostenberechnung vom 05.09.2019 (Drucksache 19-11875) ergibt, wird mit 1.862.000 Euro festgestellt. Die neuen Gesamtkosten betragen somit 3.700.700 Euro.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Mietobjekt Heinrich-Büssing-Ring 41 C, 1. OG, 22-18504
38102 Braunschweig
Zustimmung zur Mietvertragsverlängerung (Optionsausübung)

Stadtrat Herlitschke erklärt kurz den Anlass für die Beschlussvorlage. Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen.

Beschluss:

„Der Verlängerung des Mietvertrages Heinrich-Büssing-Ring 41 C um weitere 5 Jahre über den 31.08.2023 hinaus bis zum 31.08.2028 wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

10. Zustimmung zur Anmietung von Flächen in der Langen Str. 61, 22-18649
3. OG, für Referat 0600

Stadtrat Herlitschke begründet kurz die Beschlussvorlage. Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen.

Beschluss:

„Der Anmietung von Flächen Lange Straße 61, 3. OG, für einen festen Zeitraum von 10 Jahren mit der Option einmal um 5 Jahre zu verlängern wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

11. Aufhebung Mietvertrag im Gebäudekomplex Wendenstr. 69/Fal- 22-18699
lersleber Str. 1

Stadtrat Herlitschke geht auf Fragen der Ratsmitglieder Tegethoff und von Gronefeld ein. Er erläutert das Gesamtkonzept rund um An- und Abmietungen im Zusammenhang mit der Schließung von Außenstellen, Anmietungen im Business Center III (BC III) und der Sanierung des Rathaus-Neubaus am Bohlweg. Neue Arbeitsformen (Homeoffice, Desksharing usw.) sind präsent, wurden bereits in der Wettbewerbsauslobung mit Unterstützung des externen Fachbüros if5 einbezogen (*siehe u. a. die Mitteilung außerhalb von Sitzungen 21-17444*) sowie verwaltungsinterne Abfragen unternommen.

Beschluss:

„1. Der beabsichtigten einvernehmlichen Aufhebung des zwischen der Stadt Braunschweig und dem Niedersächsischen Studieninstitut für kommunale Verwaltung e. V. (NSI) im Jahre 2018 abgeschlossenen Mietvertrages über eine Fläche von rd. 2000 m² im Gebäudekomplex Wendenstraße 69/ Fallersleber Straße 1 wird zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Aufhebung erforderliche gegenseitige Abwicklungsvereinbarung mit dem NSI zu verhandeln und abzuschließen. In diesem Rahmen ist insbesondere eine Regelung über die Zahlung der aus dem seinerzeitigen Veräußerungsgeschäft entstandenen Kaufpreisforderung der Stadt zu treffen.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

12. Auslobung für Freiraumwettbewerb Hagenmarkt**22-18411**

Herr Hornung erläutert die Beschlussvorlage 22-18411 und geht u. a. auf die Zusammensetzung der Jury ein. Dem Stadtbezirksrat 130 wurde bereits zugesagt, den Ratsbeschluss zum Neustart (Antrag 20-14454-09 ungeändert beschlossen) den Auslobungsunterlagen hinzuzufügen. Der Änderungsantrag 22-18774 wird durch Ratsherr Tegethoff eingebracht und begründet. Herr Hornung skizziert die beabsichtigte Überplanung des 1. Bauabschnittes und geht auf Fragen und Anmerkungen der Ratsmitglieder Tegethoff, Mundlos und Mehmeti und von Frau Kraatz ein. Verkehrsbeziehungen des Autoverkehrs sind nicht Gegenstand des Freiraumwettbewerbs. Vorschläge zum sonstigen Erscheinungsbild wie z. B. Materialien und Flächenbegrenzungen stehen im Mittelpunkt. Erwartet wird, dass sich etwa 10 Büros am Wettbewerb beteiligen werden. Die Straßenausbaubeitragspflicht gilt für gewidmete Teilbereiche des Hagenmarktes, eine erste diesbezügliche Informationsveranstaltung für die Eigentümer*innen und Anlieger hat bereits stattgefunden. *Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos stellt klar, gegen Punkt 2 des Änderungsantrages gestimmt zu haben, weil die als qualitativ hochwertig wahrgenommene Ausarbeitung des Heimatpflegers mit einem Umfang von 33 Seiten für die jetzige Auslobung als ausreichend angesehen wird.*

Beschluss (ergänzt um die beschlossenen Punkte des Änderungsantrages 22-18774):

Der Auslobung wird grundsätzlich zugestimmt und damit eine Freigabe zum Start des Wettbewerbsverfahren erteilt.

Der Auslobungstext wird wie folgt präzisiert:

1. Der Ratsbeschluss 20-14454-09 und die dazugehörige Vorlage 20-14454-07 werden in die Unterlagen aufgenommen.
2. Die Geschichte des Hagenmarktes bis heute wird aus neutraler Sicht in B.03 ergänzt.
3. Eine Beschreibung des Zustandes des Hagenmarktes VOR der Verwüstung durch Kyrill wird in die Unterlagen aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

**12.1. Änderungsantrag zu Drs. 22-18411 "Auslobung für Freiraumwettbewerb Hagenmarkt"
Freiraumwettbewerb auf Basis der aktuellen Beschlusslage****22-18774**

Siehe Protokollierung zur Beschlussvorlage 22-18411 / TOP 12.

Beschluss:

Der Auslobungstext wird wie folgt präzisiert:

1. Der Ratsbeschluss 20-14454-09 und die dazugehörige Vorlage 20-14454-07 werden in die Unterlagen aufgenommen.
2. Die Geschichte des Hagenmarktes bis heute wird aus neutraler Sicht in B.03 ergänzt.
3. Eine Beschreibung des Zustandes des Hagenmarktes VOR der Verwüstung durch Kyrill wird in die Unterlagen aufgenommen.

Abstimmungsergebnis (getrennte Abstimmung):

Zu Punkt 1: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Zu Punkt 2: Dafür: 8 Dagegen: 2 Enthaltungen: 0

Zu Punkt 3: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Protokollnotiz: Die Ausarbeitung des Heimatpflegers Innenstadt, Herrn Arnhold, zur Geschichte des Hagenmarkts ist protokollarisch beim TOP 12.1 einsehbar. Diese wird der Auslobung Hagenmarkt beigelegt. Damit ist Punkt 2 des Änderungsantrags 22-18774 erfüllt. Auch der Ratsbeschluss 20-14454-09 wird beigelegt, dieser beinhaltet die wesentlichen Punkte des Antrags 20-14454-07, damit ist auch Punkt 1 erfüllt. Eine Beschreibung des Hagenmarktes vor dem Sturm wird erarbeitet und ebenfalls der Auslobung beigelegt.

**13. Bebauungsplan "Sudetenstraße", OE 40
Stadtgebiet zwischen den Autobahnen A391 und A392 sowie
Celler Heerstraße, Sudetenstraße, der Schölke und deren
Verlängerung nach Süden bis zum ehemaligen Industriegleis
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss**

22-18340

Stadtbaurat Leuer begründet kurz die Beschlussvorlage und beantwortet Fragen und Anmerkungen der Ratsherren Dr. Piest und Jonas und von Frau Dr. Goclik. Da es sich um ein bereits bebautes Gebiet handelt, ist der Bebauungsplan nur in Teilbereichen verändert worden, z. B. aufgrund des Zentrenkonzeptes Einzelhandel. Im Teilbereich C sind Spielhallen zulässig. Das Vergnügungsstättenkonzept der Stadt Braunschweig findet Anwendung. Wenn mögliche Flächen für Spielhallen im Stadtgebiet massiv verkleinert werden, besteht aus Sicht der Verwaltung die Gefahr, das gut funktionierende Vergnügungsstättenkonzept gerichtlich angreifbar zu machen. Bauleitplanerisch bietet es sich auch mit Blick auf Personalressourcen für andere Gebiete eher an, Klimaschutzaspekte zu vertiefen aufgrund eines höheren Wirkungsgrades. Ratsfrau und stellv. Bezirksbürgermeisterin Johannes sieht keine negativen Tendenzen und betont die Unterstützung des Vorhabens durch den Stadtbezirksrat 310 Westliches Ringgebiet.

Beschluss:

- "1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und gemäß § 4 a (3) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen 5, 6 und 7 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan „Sudetenstraße“, OE 40, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen."

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

**14. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "An der Schölke-
Neu", HO 54
Stadtgebiet zwischen Wiedebeinstraße, Kreuzstraße u. Schölke
(Geltungsbereich A),
Gmk. Watenbüttel, Fl. 3, Flst. 288/93, Stadtgebiet zw. Wiesental,
Deponiebahnstrecke u. Celler Heerstr. (Geltb. B),
Gmk. Hondelage, Fl. 5, Flst. 168/3, Stadtgebiet nördlich Hondelage,
zw. dem Waldbereich Im Klei u. der Hondelager Straße (Geltb. C)
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss, Teilrücknahme des Aufstellungsbeschlusses**

22-18489

Stadtbaurat Leuer erläutert die Beschlussvorlage und geht auf Fragen, Anmerkungen und Anregungen der Ratsmitglieder Johannes, Kluth, Mundlos, Kühn, Mehmeti und Jonas sowie von Frau Dr. Goclik und Frau Kraatz ein.

Generiert werden etwa 60 Wohneinheiten. Energetische Aspekte werden nicht im Bebauungsplan geregelt. Gerade weil klimatisch verträgliche Energieversorgung immer wichtiger wird, laufen bereits Gespräche mit Investoren und Energieversorgern mit dem Ziel einer beachtlichen Versorgungsquote aus regenerativen Energien, bestenfalls unter Verzicht auf fossile Energieträger.

Von Anpassungen an den textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans, z. B. um symbolisch für das Verbot von Schottergärten zu sensibilisieren, wird im konkreten Fall abgeraten. In zukünftige Bebauungspläne wird ein Hinweis zum Verbot von Schottergärten standardmäßig aufgenommen. In den Baugenehmigungen ist ein solcher Hinweis bereits enthalten. *(Im Übrigen siehe Mitteilung außerhalb von Sitzungen 22-18719.)*

Stadtbaurat Leuer geht wunschgemäß auf umfangreiche Hochwasser-, Boden- und Schallgutachten, -konzepte und -maßnahmen ein. Viele der von Ausschussmitgliedern vorgeschlagenen Maßnahmen (z. B. Verwendung von Rasengittersteinen oder sog. Ökosteinen bei Umwandlung von Vorgärten in Pkw-Abstellplätze auferlegen, hohe Grundwasserstände

nutzbar machen z. B. für Brunnenanlagen) sind möglich, jedoch Detailvorgaben der Verwaltung gerichtlich angreifbar oder deren Umsetzung nicht effektiv kontrollierbar. Stadtbaurat Leuer verweist auf individuelle Möglichkeiten im Einzelfall, eine Versickerung von Regenwasser auf dem jeweiligen Grundstück zu ermöglichen. Kfz-Parken im öffentlichen Raum ist im verkehrsberuhigten Bereich auf gekennzeichneten Flächen vorgesehen, die Anzahl wird im Straßenausbauplan einsehbar sein und bei etwa 0,25 je Wohneinheit zuzüglich Besucherverkehr liegen. Sofern der Bedarf besteht, wird Fahrrad-Parken im öffentlichen Raum ermöglicht.

Beschluss:

- "1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und gemäß § 4 a (3) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen 6, 7 und 8 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „An der Schölke-Neu“, HO 54 wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.
4. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „An der Schölke“, HO 41 vom 04.03.2008 wird für die in Anlage 9 dargestellten Flächen aufgehoben."

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

15. Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet", 22-17815
Kosten- und Finanzierungsübersicht

Stadtbaurat Leuer erläutert den Sachverhalt. Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen.

Beschlussfassung siehe Ergänzungsvorlage 22-17815-01 / TOP 15.1.

15.1. Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet", Kos- 22-17815-01
ten- und Finanzierungsübersicht

Stadtbaurat Leuer erläutert den Sachverhalt. Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen.

Beschluss:

„Der Kosten- und Finanzierungsübersicht mit einem Bruttokostenrahmen in Höhe von rd. 40,0 Mio. Euro für das Sanierungsgebiet „Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet“ wird zugestimmt. Die nicht aus Einnahmen gedeckten Ausgaben belaufen sich auf rd. 29,1 Mio. Euro. Davon beträgt der 2/3-Anteil an Städtebaufördermitteln von Bund und Land rd. 19,4 Mio. Euro. Der städtische 1/3-Eigenanteil beträgt rd. 9,7 Mio. Euro. Zusammen mit den zusätzlichen städtischen Mitteln für nicht förderfähige Kosten beläuft sich der gesamte städtische Eigenanteil auf rd. 13,4 Mio. Euro.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

16. Stadtumbaugebiet "Nördliche Weststadt - Teilbereich I Ilmweg" 22-18431
Aufhebung des Stadtumbaugebietes

Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen.

Beschluss:

Das mit Beschluss vom 22.09.2009 gemäß § 171 b BauGB festgelegte Stadtumbaugebiet „Nördliche Weststadt - Teilbereich I Ilmweg“ wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

17. Anfragen

17.1. Genehmigung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen beschleunigen **22-18697**

Stadtbaurat Leuer verliert die Stellungnahme.

17.1.1. Genehmigung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen beschleunigen **22-18697-01**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

17.2. Baulandkataster **22-18693**

Die anfragende Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN verzichtet auf eine Verlesung der Stellungnahme. Die Stellungnahme wird am 12.05.2022 schriftlich zur Kenntnis gegeben.

17.2.1. Baulandkataster **22-18693-01**

Der Ausschuss nimmt am 12.05.2022 die Stellungnahme zur Kenntnis.

17.3. Auswirkungen Baulandmobilisierungsgesetz **22-18701**

Die anfragende CDU-Fraktion verzichtet auf eine Verlesung der Stellungnahme. Die Stellungnahme wird am 12.05.2022 schriftlich zur Kenntnis gegeben.

17.3.1. Auswirkungen Baulandmobilisierungsgesetz **22-18701-01**

Der Ausschuss nimmt am 12.05.2022 die Stellungnahme zur Kenntnis.

17.4. Baugebiet Heinrich-der-Löwe-Kaserne - Einrichtung einer Bau- stellenzufahrt und -ausfahrt an der Rautheimer Straße **22-18705**

Die anfragende SPD-Fraktion verzichtet auf eine Verlesung der Stellungnahme. Die Stellungnahme wird am 12.05.2022 schriftlich zur Kenntnis gegeben.

17.4.1. Baugebiet Heinrich-der-Löwe-Kaserne - Einrichtung einer Bau- stellenzufahrt und -ausfahrt an der Rautheimer Straße **22-18705-01**

Der Ausschuss nimmt am 12.05.2022 die Stellungnahme zur Kenntnis.

17.5. Vereinfachungen Baugenehmigungsverfahren **22-18702**

Die anfragende CDU-Fraktion verzichtet auf eine Verlesung der Stellungnahme. Die Stellungnahme wird am 12.05.2022 schriftlich zur Kenntnis gegeben.

17.5.1. Vereinfachungen Baugenehmigungsverfahren **22-18702-01**

Der Ausschuss nimmt am 12.05.2022 die Stellungnahme zur Kenntnis.

17.6. Sanierung der Stadthalle - Fortschritte auf dem Weg zur Sanierung aufzeigen **22-18703**

Stadtbaurat Leuer verliert die Stellungnahme.

17.6.1. Sanierung der Stadthalle - Fortschritte auf dem Weg zur Sanierung aufzeigen **22-18703-01**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

17.7. Mündliche Anfragen

Ratsherr Dr. Piest fragt, inwieweit die Verwaltung die außerhalb von Sitzungen eingereichten Anfragen zur Stärkung von Photovoltaik (Stellplatzanlagen, Dachnutzungen, Lärmschutzwände) beantworten kann. Stadtbaurat Leuer lässt auswählen, ob er jetzt mündlich oder innerhalb einer Woche schriftlich antwortet. Ratsherr Dr. Piest bittet um schriftliche Beantwortung. *Protokollnotiz: Erledigt, versandt an alle Fraktionen und Gruppen am 16.05.2022.*

Ratsfrau Kluth verweist unter Bezugnahme auf die Protokollnotiz der Verwaltung zur Beschlussvorlage 22-18098 (*"Zwei Behindertenstellplätze am Eingang werden mit dem Mietvertrag zugesichert."*) darauf, dass die zwei vorhandenen Behindertenstellplätze etwa 100 m weit vom Haupteingang entfernt seien. Sie gibt zudem zu bedenken, dass zwei Behinderten-

stellplätze den Bedarf für das „Haus der Eingliederungshilfe“ in der Friedrich-Seele-Straße 7 unterschreiten könnten. Sie fragt, ob eine Nachbesserung erfolgt. Stadtrat Herlitschke sagt eine Klärung zu und kündigt eine Rückmeldung der Verwaltung per Protokollnotiz oder per Mitteilung außerhalb von Sitzungen an.

gez. Kühn	gez. Leuer	gez. Matoš
Ausschussvorsitz Kühn	Stadtbaurat Leuer	Geschäftsführung Matoš